

# BMI-Ausweichsitz „aufgeflogen“

Über die Existenz seines

Ausweichsitzes machte das

Bundesministerium des Innern (BMI)

jahrelang kein großes Aufsehen.

Standort und Details zum

Objekt unterlagen der Geheimhaltung.

2017 wurde auf Anfrage dieser

Internetseite in knappen Worten

die Existenz eines „teilgeschützten

Ausweichsitzes“ bestätigt.

Doch nun hat das BMI ohne erkennbare Not seinen Ausweichsitz enttarnt.

Dahinter könnte sich ein ganz anderer Vorgang verbergen – mit wesentlich mehr Tragweite.

Der Einzelplan 06 beschreibt im Bundeshaushaltsplan die Finanzen des Innenministeriums. 2012 wies Titel 711 01 unter Punkt 2 „Kleine Umbaumaßnahmen des Ausweichsitz BMI“ aus. Eingestellt waren für diese „einjährige Maßnahme“ 50.000 Euro. Im Milliardenwerk des Bundes eigentlich Peanuts. Was die Sache so außergewöhnlich machte, war die Renaissance eines Wortes, das es seit Jahren in keinem Haushaltsplan gab: Ausweichsitz.

Damit war klar: Das Bundesinnenministerium verfügt darüber. Damit war auch klar: das Ministerium hatte eine Konzeption zur Sicherstellung seiner Arbeitsfähigkeit in Krisenfällen umgesetzt, die 2008 im BMI-Ableger Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) entwickelt wurde.

Aus eingeweihten Kreisen sickerten beizeiten auch Informationen zum Standort und seine Beschaffenheit durch, verbunden mit dem deutlichen Hinweis auf die Wahrung seiner Geheimhaltung.

Die mit der Veröffentlichung des aktuellen Bundeshaushaltsplans hinfällig ist. Der weist im Titel 711 01 unter Punkt 1 einen Betrag von 70.000 Euro für „Infrastrukturmaßnahmen im Ausweichsitz Bundeshaus“ aus. Damit ist der Standort in Berlin-Wilmersdorf, Bundesallee 216-218, ganz offiziell „aufgeflogen“. Für ein Krisenzentrum ohne Bunkerhülle eigentlich der Todesstoß. Solche weichen Lösungen bieten ihren Insassen nur dann Schutz, wenn der Aufenthaltsort unbekannt ist. Wie der Zusatz „Bundeshaus“ in den Haushalt 2021 kam (2012 wohlweislich weggelassen), ist momentan offen. Geheim ist damit dieser Ausweichsitz jedenfalls nicht mehr.

Zumal er jetzt auch im deutschen Bundestag eine Rolle spielt. Die Berliner Abgeordnete Canan Bayram (Bündnis 90/Die Grünen) hat am 4. Januar 2021 nachgefragt: „Welche Angaben macht die Bundesregierung zu den sogenannten Ausweichsitzen und -lagezentren ihrer Ressorts beispielsweise zu Ort, Ausstattung und Außenschutz; heutige beziehungsweise geplante Krisen-Nutzung; Ausbau- und Unterhalts-Kosten; welche Personen dorthin ausweichen sollen im Krisenfall, und in welcher Art Krise sollen diese Ausweichsitze beziehungsweise Lagezentren je genutzt werden (siehe dazu zum Beispiel in den Erläuterungen des BMI zum Haushaltsentwurf 2021, dass es einen solchen „Ausweichsitz“ im Wilmersdorfer Bundeshaus unterhalte)?“.

Die Antwort von BMI-Staatssekretär Helmut Teichmann ist aussagelos und allgemein gehalten. Schriftliche Anfragen, so erklärt er vorweg, müssten innerhalb einer Woche beantwortet werden. Das Thema sei zu komplex für eine so kurzfristige Bearbeitung, „umfassende Abfragen durch die Bundesregierung aller Ressorts sind in dieser Frist in der Regel nicht leistbar.“

Dabei sollte das Innenministerium auch ohne „umfassende Abfrage“ über einen aktuellen Sachstand zur Umsetzung der Ausweichsitz-Konzeption von 2008 verfügen. Alle Fäden laufen laut BBK-Papier beim

Das Bundeshaus in Berlin-Wilmersdorf beherbergt seit Jahren auch den geheimen Ausweichsitz des Bundesinnenministeriums. Das hat jetzt den Standort öffentlich gemacht. Insider glauben nicht an einen Zufall.

BMI zusammen. Doch das Ausweichsitz-Fazit fällt auch im 13. Jahr frustrierend aus. Der Ansatz, das den Ressorts selbst zu überlassen, war falsch. Eine Verlagerung an (teil)geschützte, unbekannte Orte mit technischer Infrastruktur ist nicht oder nur sehr unzureichend vorbereitet. Das lässt sich auch im Bundeshaushalt nachlesen. Einzig das Innenministerium hat demnach Geld in einen Ausweichsitz gesteckt.

Vor diesem Hintergrund gibt es seit 2018 „sehr interne Überlegungen“ für ein gemeinsames, zivil-militärisches Krisenzentrum der Schlüsselressorts, sollte der Fall einer nationalen oder internationalen Notlage eintreten. Als Liegenschaft brachte das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg.) einen abgeschalteten Großbunker in Süddeutschland ins Spiel.

Doch ausgerechnet zu dem pflegt das Bundesinnenministerium seit der Schließung seines Regierungsbunkers im Ahrtal eine enge Beziehung. 1998 taucht das Militärobjekt erstmals in Organisationsplänen des BMI auf, das dort über eine eigene postalische Anschrift sowie Telefon- und Faxanschlüsse verfügt. Seit 2014 ist das Objekt geräumt und im Standby. Über seine Zukunft informiert das BMVg. seit Jahren vage. Es gibt Gerüchte zu einer militärischen Anschlussverwendung. Gerade wieder wurde eine Entscheidung zur Reaktivierung vertagt – auf Dezember 2021.

Derweil investiert das BMI in dortiger Bunker-Nachbarschaft einen zweistelligen Millionenbetrag in einen neuen Stützpunkt des Technischen Hilfswerks (THW). Der Deutsche Bundestag hat das „ob“

entschieden, der BMI am 15. Januar 2021 das „wo“ verkündet – möglicherweise strategisch. Die alte Ahrweiler Allianz aus Ausweichsitz und THW, Bundesamt für Zivilschutz, später BBK, lässt grüßen – alle im BMI-Geschäftsbereich.

Sollte sich Geschichte wiederholen, wäre die „Enttarnung“ des bislang geheimen BMI-Ausweichsitzes über Haushaltspläne und nachfragende Bundestagsabgeordnete mit Vorzeichen verbunden. Denn auch 1995 wurde mit der Offenlegung von Finanztiteln der Dienststelle Marienthal deren Ende eingeläutet, das Staatsgeheimnis der Legislative auf dem Silbertablett zum Zerlegen dargeboten. Das Motiv war hintergründig. Der Hausherr BMI konnte schlecht zum Selbstmörder seines milliardenteuren Regierungsbunkers werden. Am Fallbeil fand sich die Opposition ein.

Sollte sich mit der Veröffentlichung der kantigen Wortkreation „Ausweichsitz“ im aktuellen Bundeshaushaltsplan ein politisches Kalkül verbinden, wird das Krisenzentrum Berlin-Wilmersdorf gerade isoliert. Das hausinterne BMI-Organigramm passt dazu. Die Stellenbesetzung „Vorhaltung Ausweichsitz“ weist „N.N.“ aus. 120.000 investierte Euro in neun Jahren (2012/2021) komplettieren das Bild. Die „Kleinen Umbaumaßnahmen“ können wirklich nur sehr klein sein. Bunkerbauende Unternehmen bieten dafür übersichtliche 30 Schutzraum-Quadratmeter – ohne Einrichtung. Eine große Lösung sieht anders aus. Möglicherweise wird an der gerade 600 Kilometer von Berlin entfernt gearbeitet.

*(19. Januar 2021)*



**Bislang eine Einbahnstraße: Der Ausweichsitz in der BMI-Liegenschaft Berlin-Wilmersdorf unterlag seit Jahren einer Informationssperre. Warum das Bundesinnenministerium den Standort nun öffentlich macht, ist unklar. Faktisch ist er damit in einer Bedrohungslage unbrauchbar. Das wirft Fragen zur Existenz oder Planung eines Alternativausweichsitzes auf.**